

Regierungsstatthalterwahlen im Kanton Bern



PHILIPPE CHÉTELAT
findet Lösungen

am 9. Juni wird im Verwaltungskreis Biel ein neuer Regierungsstatthalter gewählt. Philippe Chételat will den Sitz für die SP verteidigen.

«Für mich ist der Regierungsstatthalter eine Art Ombudsman», sagt der 48-Jährige, der mit seiner Familie in Port lebt und als Gerichtspräsident am Regionalgericht tätig ist. Die Kontakte zur Bevölkerung, die Zusammenarbeit mit den Behörden, Entscheide über Baubewilligungen und im Gastgewerbe – all das reizt ihn: «Ich weiss, wie man verhandelt und Lösungen findet.»

Perfekt zweisprachig

In der Region kennt er sich bestens aus, schliesslich hat er fast sein ganzes Leben im Seeland verbracht: «Ich fühle mich der Region verbunden». Philippe Chételat, der perfekt zweisprachig ist und im Beruf beide Sprachen gleichermaßen braucht, hat, obwohl seit 1993 SP-Mitglied, noch nie ein politisches Amt bekleidet. Als Richter ist es ihm wichtig, sich politisch zurückzuhalten. «Natürlich habe ich meine Überzeugungen. Aber mir ist es wichtig, jeden Fall fair und unvoreingenommen anzugehen.»



MARTIN KÜNZI
Erfahrener Kommunikator
und Vermittler

Martin Künzi, Anwalt und Sekretär des Schweizer Presserats, kandidiert am 9. Juni für das Amt des Regierungsstatthalters im Verwaltungskreis Interlaken-Oberhasli.

Martin Künzi führt in Interlaken ein eigenes Anwaltsbüro. Mit seiner Frau und den beiden Kindern (14 und 17 Jahre) wohnt er in Sundlauenen am Thunersee. Mit seinen vielfältigen ehrenamtlichen Tätigkeiten für Non-Profit-Organisationen (u. a. Mieterverband, FC Interlaken, Fussballverband Berner Oberland, Genossenschaft «Solar BeO Ost») ist Künzi ein erfahrener Kommunikator, Berater und Vermittler. Mit 50 Jahren hat er das ideale Alter für das Amt des Regierungsstatthalters.

Überparteiliches Komitee «Martin Künzi als Statthalter»

SP-Mitglied Künzi wird von einem überparteilichen Komitee von über 300 Personen sowie durch die SP Oberland, die Grünen Interlaken-Oberhasli, die EDU Unterseen, die EVP Oberhasli und den Gewerkschaftsbund Berner Oberland unterstützt.

Weitere Infos unter www.martinkuenzi.ch

TSCHOU

Solidarität leben

Die Geburtenabteilung in Riggisberg wird geschlossen, die Betroffenheit ist riesig. Die Schneeräumung wird eingeschränkt, der Aufschrei ist nicht zu überhören. Logisch, es muss gespart werden: Aber bitte



nicht hier und nicht bei mir. Das kommt mir irgendwie bekannt vor und ist eigentlich auch verständlich. Doch stellen sich zwei Fragen. Erstens: Warum befindet sich der Kanton Bern in einer derart schwierigen finanzpolitischen Lage; und zweitens: Sind solche Einschnitte für unser Wohlergehen relevant? Oder anders gefragt: Was können und wollen wir uns in Zukunft noch leisten? Die Ausgangslage ist schwierig. Der Kanton Bern befindet sich in einer Sandwichposition zwischen den Gemeinden und dem Bund. Die Gemeinden haben eine starke Lobby im Grossen Rat und sorgen dafür, dass keine neuen, mit Ausgaben verbundenen Aufgaben an sie übertragen werden. Auf Bundesebene fehlt eine Kantonslobby. Aufgaben werden munter auf die Kantone übertragen: 260 Millionen Mehrausgaben für den Kanton Bern wegen des neuen Krankenversicherungsgesetzes, 60 Millionen mehr wegen der neuen Pflegefinanzierung, 140 Millionen Franken wegen des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechts.

Der unsägliche Steuerwettbewerb zwischen Gemeinden, Kantonen und Staat trägt das Seine dazu bei, dass die Sparschraube von den Bürgerlichen weiter angezogen werden kann. Schliesslich fehlt es an Geld. Also werden Spitäler geschlossen, der öffentliche Verkehr ausgedünnt, Sozialleistungen gekürzt und beim Personal gespart. Dann tut es plötzlich weh. So kann es aber nicht weitergehen! Die SP plädiert deshalb für mehr Solidarität, statt nach dem Prinzip «chacun pour soi» zu leben: Solidarität zwischen Arm und Reich, zwischen Stadt und Land, zwischen Jung und Alt.

Michael Aebbersold, Grossrat und Präsident der SP/JUSO/PSA-Fraktion

«Man muss bei jenen Leuten ansetzen,

Im Juni debattiert der Grosse Rat den Sozialbericht 2012. Dieser geht auf eine Initiative der SP-Grossrätin Andrea Lüthi zurück. Der ehemalige Bundesratssprecher Oswald Sigg sprach mit Lüthi über den Inhalt des Sozialberichts und die anstehende Debatte im Kantonsparlament. Interview: Oswald Sigg

Oswald Sigg: Gregor Gysi sagte, die Politiker sollten die Kausalität zwischen privater Misere und Sozialpolitik erklären können. Bist du einverstanden?

Andrea Lüthi: Mein Einstieg in die Politik entstand angesichts der privaten Misere meiner Klientinnen und Klienten, mit welchen ich in meinem Beruf als diplomierte Sozialarbeiterin zu tun hatte. Ich sah, wie die politischen Rahmenbedingungen sehr viel zur prekären Situation von Working poor oder alleinerziehenden Müttern beigetragen haben. Das war für mich das Motiv, um in die Politik einzusteigen. Hier in der Schweiz muss man den Leuten sagen, dass sie durch ihr Wahl- und Abstimmungsverhalten die Dinge verändern können. Denn leider machen allzu viele die Faust im Sack.

Und es gibt doch sicher auch diejenigen, für welche die anderen und darunter vorab die Ausländer an ihrer Lage schuld sind. Wirst du dann aufklärerisch?

Eher nicht. Ich versuche durch mein Engagement in der Politik etwas zu bewirken. Auch meinen Berufskolleginnen und -kollegen sage ich manchmal, ihr habt das Wissen und die Erfahrung und solltet euch damit politisch engagieren.

Der Sozialbericht 2012, welchen der Regierungsrat im vergangenen Dezember präsentiert hat, ist so verdienstvoll wie niederschmetternd: die Armut nimmt zu. Sind die vorgeschlagenen Massnahmen richtig und ausreichend?

Von einer Halbierung der Armut in den nächsten 10 Jahren, wie sich das der Regierungsrat 2009 zum Ziel gesetzt hat, sind wir weit entfernt. Der Bericht zeigt aber auch, welche Instrumente zur Bekämpfung von Armut wir überhaupt haben. Der Regierungsrat setzt die Prioritäten pragmatisch, mit der Kostenschere im Hinterkopf. Konkret geht es darum, Bestehendes zu optimieren, Lücken zu füllen und zu sensibilisieren. Die ausgewählten Massnahmen werden 10 Millionen Franken kosten, das können wir uns leisten. Aber die Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien (FamEL) wären viel wirkungsvoller. Sie wären leider auch viel teurer. Man muss bei jenen Leuten ansetzen, die es am nötigsten haben: den Working poor, den Familien mit Kindern. Alles andere entspricht dem Giesskannenprinzip.



Oliver Lüthi

Lüthi: «Mein Einstieg in die Politik entstand angesichts der privaten Misere meiner Klientinnen und Klienten.»

welche es am nötigsten haben»

Der Grosse Rat wird hier doch Einfluss nehmen?

Das hat er schon gemacht, nur leider im restriktiven Sinn. So schlägt die vorberatende Kommission vor, die vom Regierungsrat genannten 10 Millionen Franken als Kostenobergrenze zu fixieren ... In der Fraktion haben wir eine Intervention zugunsten der Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien (FamEL) erwogen, sie aber als zu riskant verworfen. Wir haben jedoch empfohlen, im nächsten Sozialbericht die Bereiche Wohnen und Erwerbseinkommen aufzugreifen. Das wurde allerdings von der Kommission abgelehnt. Man hat Angst vor weiteren Forderungen wie Mindestlöhnen, Gesamtarbeitsverträgen, Wohnbauförderung usw. Vermutlich werden wir das im Plenum nochmals aufnehmen.

Der bernische Regierungsrat hat für dringende Sozialmassnahmen 10 Millionen Franken übrig und das VBS beantragt für ein neues Informatiksystem

9 Milliarden Franken – was sagst du dazu?

Das kann man niemandem erklären. Irgendwann ist das Fass voll und die Leute werden rebellieren. So entstehen in anderen Ländern soziale Unruhen, aber wir haben hier zum Glück immer noch die direktdemokratischen Möglichkeiten, um zu intervenieren.

Kommen wir auf die Diskussion um die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS zu sprechen. Ist diese als politische Institution gefährdet?

Die SKOS sieht sich mit bedeutendem Widerstand konfrontiert. Dieser äussert sich unter anderem in der Kritik gegen das geplante Bundesrahmengesetz für Existenzsicherung. Doch die SKOS hat rund 600 Mitglieder, wenn jetzt zwei oder drei austreten, sind das Kieselsteine, die hoffentlich nicht zur Gerölllawine anwachsen. Man kann ja wirklich froh sein, dass so viele Fachleute aus Bund, Kantonen und Gemeinden sich in diesem Verein zusammenraufen und Richtlinien für die soziale Arbeit entwickeln. Das ist eine grosse Leistung.

Beabsichtigt denn die Motion von Grossrat Ueli Studer (SVP), welche eine Kostenoptimierung bei der Sozialhilfe verlangt – sprich eine Kürzung der Sozialhilfeunterstützung um 10 Prozent –, nicht auch die Abschaffung der SKOS-Richtlinien?

Welche Absichten Ueli Studer dabei hat, ist mir nicht klar. Ich hoffe sehr, dass die Motion ab-

gelehnt wird, und bin über das Lobbying der SKOS-Allianz Bern sehr froh.

Die Sans papiers und die Nichtbezüger von Sozialhilfe sind die Untergetauchten in unserer Gesellschaft. Um sie kümmern sich weder die Politik noch die Medien. Warum?

Je professioneller die Sozialhilfe in einer Gemeinde oder in einem Kanton organisiert ist, umso tiefer ist die Nichtbezugsquote. Mit einem Sozialhilfe-System, das einen würdigen Umgang mit den Gesuchstellern pflegt, wird die Hemmschwelle auch tiefer, es in Anspruch zu nehmen. Anders gesagt: Wenn Profis am Werk sind, kommt man eher zu seinem Recht.

«Je professioneller die Sozialhilfe organisiert ist, umso tiefer ist die Nichtbezugsquote»

Gehört eigentlich die Sozialinspektion auch zur professionellen Sozialhilfe?

Es ist gut, wenn man Indizien bei komplexeren Fällen abklären lassen kann. In der professionellen Sozialarbeit spielt jedoch der Datenschutz eine grosse Rolle. Früher haben die Sozialkommissionen jedes einzelne Gesuch behandelt, da wurde dann sogar im Dorfladen über einzelne Fälle geredet.

Du präsidierst die grossrätliche Kommission, welche die überwiesene Parlamentarische

Initiative betreffend Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien (FamEL) berät. Hier geht es um eine konkrete Massnahme zur Armutsbekämpfung. Wie sieht es da aus?

Die bürgerlichen Kommissionsmitglieder waren zunächst ablehnend, mussten dann aber doch erkennen, dass diese Massnahme geeig-

«Der Regierungsrat setzt die Prioritäten pragmatisch, mit der Kostenschere im Hinterkopf»

net wäre, um die Schwierigkeiten der Working poor und der Familien direkt zu lindern. Jetzt sind sie dazu bereit, ein entsprechendes Gesetz für FamEL auszuarbeiten. Ein erstaunlicher Vorgang.

Dann bist du zuversichtlich?

Nein, gar nicht. Wenn die Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien (FamEL) jetzt im Grossen Rat zur Abstimmung kämen, würden sie abgelehnt. Vieles ist noch offen, aber es ist gut, dass wir jetzt konkret am Gesetz weiterarbeiten können und es nicht schon beerdigt worden ist.

Andrea Lüthi, ausgebildete Sozialarbeiterin und SP-Grossrätin, ist seit 2009 Geschäftsführerin der Berner Konferenz für Sozialhilfe, Kindes- und Erwachsenenschutz BKSE.

Oswald Sigg, ehemaliger Bundesratssprecher, arbeitet unter anderem als Redaktor für den sozialpolitischen Mediendienst www.haelfte.ch.



Der Sozialbericht 2012 geht auf eine Initiative der SP-Grossrätin Andrea Lüthi zurück.

SOZIALBERICHT 2012

Unter der Federführung von SP-Grossrätin Andrea Lüthi wurde 2010 die überparteiliche Motion «Bekämpfung der Armut im Kanton Bern» eingereicht. Diese nahm der Grosse Rat im Juni 2010 deutlich an. Der Regierungsrat wurde damit beauftragt, einen Massnahmenplan zur Reduzierung der Armut im Kanton auszuarbeiten. Dieser wurde im Dezember 2012 präsentiert. Die vorberatende Kommission des Grossen Rates nahm im April 2013 zustimmend Kenntnis vom entsprechenden Sozialbericht. Der Grosse Rat wird den Bericht in der Junisession debattieren.

Der Sozialbericht 2012 kann unter folgendem Link heruntergeladen werden:
www.gef.be.ch/gef/de/index/soziales/soziales/sozialbericht_2008.html



SPITZE FEDER

Das Gebot der Klarheit?

Die SP umfasst ein politisch breites Spektrum. Entscheidend ist die Frage, welche Schlüsse wir daraus ziehen. Beispielsweise mit Blick auf unser Auftreten ausserhalb des eigenen Kreises.



Inhaltlich schafft das Parteiprogramm einen verbindlichen Rahmen. Bekannt ist dieses Programm jedoch nur einer Minderheit der Bevölkerung, und dazu oft noch in entstellter Form. Umso

wichtiger: Wie drücken wir uns aus? Gefragt ist neben der politischen auch die sprachliche Klarheit. Dabei ist massgebend: In welchem Kreis äussern wir uns? An einem Podiumsgespräch in einer rotgrün dominierten Stadt sind andere Ausdrucksweisen gefragt als in der Schulkommissionssitzung einer Gemeinde des oberen Emmentals, wenn wir inhaltlich zum Erfolg gelangen wollen. Leicht gesagt, schwer getan! Trotzdem müssen wir immer wieder versuchen, der jeweiligen Situation Rechnung zu tragen. Dies geschieht am besten mit klaren Antworten auf einfache Fragen: Wer (beherrscht, bevormundet, bescheisst, unterdrückt) wen? Wem nützt es, wem schadet es? Vielleicht schaffen wir es danach auch einmal zu erklären, dass der zur Debatte stehende Missstand etwas mit dem aktuellen Wirtschaftssystem zu tun hat (wobei ich zur Not, nach kurzem Schlucken und mit Grimasse, vielleicht sogar bereit wäre, das Wort «Kapitalismus» zunächst einmal durch «Kapitalwirtschaft» zu ersetzen ...). Zusammengefasst muss unser Motto lauten: Klarheit, nicht Wischiwaschi! Verzicht auf Phrasen! Nimm dein Gegenüber ernst! Rede ihm aber gerade deshalb auch nicht nach dem Munde!

Und zum Schluss, noch wichtiger als die Ausdrucksweise: Handle selbst gemäss deinen Worten!

Renat Beck, Gewerkschaftsmitarbeiter
im Ruhestand, SP Bümpliz/Bethlehem

IMPRESSUM

Herausgeberin: SP Kanton Bern, Postfach 1096,
3000 Bern 23, Tel. 031 370 07 80, links.be@spbe.ch
Adressänderungen: abo@spschweiz.ch
Spenden: PK 30-895-9 (SP Kanton Bern)
Redaktion: Oliver Lüthi
Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 3. Juni 2013

Ausblick auf den Parteitag vom 15. Juni 2013

Der ganztägige Parteitag vom 15. Juni verspricht spannend zu werden. Die Delegierten entscheiden unter anderem über das Hooligan-Konkordat, über Frauen- und Männerlisten bei National- und Grossratswahlen und eine neue Beitragsgestaltung bei SympathisantInnen.

Der Grossrats-Entscheid zur Änderung des Konkordats über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen hat auch SP-intern zu intensiven Diskussionen geführt. Am Parteitag werden Pro- und Contra-Positionen gegen das geänderte Hooligan-Konkordat vorgetragen, gefolgt von einer Plenumsdiskussion. Ein anderes wichtiges Geschäft betrifft den Entscheid über die Bildung von Frauen- und Männerlisten bei National- und Grossratswahlen. Diese sind aus Sicht der kantonalen Geschäftsleitung eine wirkungsvolle Massnahme, um eine ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern bei Parlamentswahlen zu erreichen. Der Parteitag entscheidet über einen entsprechenden Antrag, dass Frauen- und Männerlisten in Zukunft bei nationalen und kantonalen Wahlen die Regel und nicht mehr die Ausnahme bilden. Andere Listengestaltungen sollen aber weiterhin auf Antrag möglich sein. Zur Kompensation der sinkenden Mitgliederzahlen schliesslich schlägt die Geschäftsleitung die Einführung eines Beitrages pro SympathisantIn an die Kantonalpartei vor, welcher mithelfen soll, die entsprechenden Kosten zu decken.

Eröffnet wird der Parteitag mit einem Referat von Regierungsrat Andreas Rickenbacher zur wirtschaftlichen Entwicklung im Kanton. Neben den erwähnten Geschäften werden die



Andreas Rickenbacher eröffnet den Parteitag.

Delegierten auch darüber entscheiden, ob bei den Regierungsratswahlen 2014 wieder eine gemeinsame Kampagne mit den Grünen geführt wird.

AGENDA

Parteitag SP Kanton Bern

15. Juni 2013, Lyss

Hauptversammlung SP Frauen Kanton Bern

25. Mai 2013, Bern

Alle Termine

www.spbe.ch/agenda

ROTES BRETT

ALTES SCHLACHTHAUS HERZOGENBUCHSEE

Das Alte Schlachthaus in Herzogenbuchsee bietet ein vielseitiges Kultur- und Eventprogramm an. Hierzu gehören Anlässe aus den Sparten Musik, Tanz, Theater, Bühne, Literatur, Komik oder Politik. Mit seiner bunten Mischung aus interessanten Themen spricht das Alte Schlachthaus ein breites Publikum an. Gegen Vorweisen

der SP-Mitgliederkarte erhalten pro Vorstellung zwei Personen freien Eintritt.

Der aktuelle Veranstaltungskalender findet sich auf der Webseite des Alten Schlachthauses, www.altesschlachthaus.ch.

Das komplette Angebot an Kulturvergünstigungen der SP findet sich auf unserer Homepage, www.spbe.ch, unter der Rubrik «Mitglied werden».

Du und deine Sektion wollen auch eine Notiz am Roten Brett: links.be@spbe.ch